



PRESSEMITTEILUNG

Nr.203/GP

21.07.2022

**Holetschek fordert Regulierungen für investorengetragene
medizinische Versorgungszentren (iMVZ) - Bayerns
Gesundheitsminister anlässlich des Gesundheitspolitischen TK-
Forums 2022: Bund muss jetzt tätig werden**

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung aufgefordert, endlich Regulierungen bei den investorengetragenen medizinischen Versorgungszentren (iMVZ) auf den Weg zu bringen. Der Minister betonte am Donnerstag anlässlich des gesundheitspolitischen Forums der Techniker Krankenkasse in München: „Wir setzen uns seit Monaten beim Bund für weitere Regulierungen und mehr Transparenz bei den investorengetragenen medizinischen Versorgungszentren ein. Und trotzdem passiert nichts. Der Bund muss endlich tätig werden. Die Zeit drängt! Noch sind 58 Prozent aller Praxen in Deutschland als klassische Einzelpraxis organisiert, die Zahl der medizinischen Versorgungszentren und der investorengetragenen medizinischen Versorgungszentren steigt aber stetig.“

Holetschek ergänzte: „Die medizinischen Versorgungszentren übernehmen einen wachsenden Versorgungsanteil. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Ein ausgewogener Mix zwischen klassischen Einzelpraxen und medizinischen Versorgungszentren ist sicher sinnvoll, um die medizinische Versorgung bestmöglich zu sichern. Die Wahrheit ist aber auch: Was bei den investorengetragenen MVZ passiert, ist eine völlige Fehlentwicklung!“

Der Minister betonte: „Hier stehen klar die finanziellen Interessen der Investoren im Mittelpunkt und nicht die flächendeckende Versorgung der Menschen! Fremdinvestoren mit reinen Kapitalinteressen gefährden die Qualität unseres Gesundheitssystems. Wir müssen die Folgen für die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung genau beobachten - und kritisch begleiten.“

Der Gesundheitsminister appellierte daher an die Bundesregierung, zügig einen Gesetzesentwurf mit den Ländern abzustimmen. Holetschek erläuterte: „Die Ampel-Regierung darf das Thema nicht auf die lange Bank schieben. Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat der Gesundheitsministerkonferenz vor einem Monat zugesichert, dass er zeitnah einen Gesetzesentwurf liefert. Passiert ist bislang aber nichts, nicht einmal einen Fahrplan hat er bislang vorgelegt.“